



Koalitionsvertrag Zusammenfassung

Die wesentlichen Aspekte für die Selbsthilfe von Familien mit Kindern und jungen Erwachsenen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen

[Den Koalitionsvertrag finden Sie hier zum selbst nachlesen ...](#)

1. II. Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen

Innovation, Wissenschaft, Hochschule und Forschung Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

- > Verlässliche Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft
- > Familien- und behindertenpolitische Komponente für alle verbindlich machen (S. 23)

2. IV. Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt

- > Sichere Beschäftigung
- > Mindestlohn erhöhen
- > Modernes Arbeitsrecht soll Sicherheit und fair ausgehandelte Flexibilität ermöglichen
- > Sicherung des Rentenniveaus + Ergänzung durch kapitalgedeckte Elemente
- > Bürgergeld
- > Moderne sektorenübergreifende Gesundheit- und Pflegepolitik (S. 65-66)

Arbeit

Arbeitszeit und Arbeitsort (S. 68-69)

- > Flexiblere Arbeitszeiten im Rahmen von Tarifverträgen
- > Erörterungsanspruch über mobiles Arbeiten und Homeoffice für Beschäftigte in geeigneten Bereichen (Betriebe können den Anspruch nicht sachfremd oder willkürlich ablehnen)

Sozialstaat, Altersvorsorge, Grundsicherung (S. 72)

- > Bürgerfreundlicher, transparenter und unbürokratischer
- > Umfassende Digitalisierung von Leistungen, wie Information, Beratung, Antragstellung
- > Automatische Auszahlung von zustehenden Leistungen aus einer Hand

Bürgergeld (S. 75-78)

- > Aktualisiertes System der Grundsicherung (statt Hartz IV)
- > Soll Potenziale der Menschen in den Vordergrund stellen und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zur gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen
- > Beratung auf Augenhöhe mit Vertrauensbeziehung
- > Stärken und Entwicklungsbedarfe durch Kompetenzfeststellungsverfahren ermitteln; Zertifizierung von „Soft Skills“
- > Ausweitung der Möglichkeit Grundsicherung mit einem Einkommen aufzustocken
- > Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Arbeit sollen mit jährlichem Freibetrag gestaltet werden

Inklusion (S. 78-80)

- > Bundesprogramm Barrierefreiheit: Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens (Deutsche Bahn, öffentliche Gebäude, Wohnen, Gesundheit, digital)
- > Dazu passende Überarbeitung des Behindertengleichstellungsgesetzes, Barrierefreiheitsgesetzes und Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes
- > Verpflichtung privater Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren oder angemessenen Vorkehrungen, sofern nicht möglich
- > Ausnahmemöglichkeiten des ÖPNV bis 2026 abschaffen
- > Pressekonferenzen, öffentliche Veranstaltungen von Bundesministerien und nachgeordneten Behörden, Informationen zu Gesetzen und Verwaltungshandeln sollen in Gebärdensprache übersetzt und untertitelt werden; in leichter Sprache übersetzt werden (Einrichtung eines Sprachendienstes in Bundeskompetenzzentrum Leichte Sprache/Gebärdensprache)
- > Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung
 - o Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber:innen
 - o Vierte Stufe der Ausgleichsausgabe für jene einführen, die trotz Beschäftigungspflicht keine Menschen mit Behinderung beschäftigen
 - o Vollständige an das Integrationsamt übermittelte Anträge werden nach sechs Wochen automatisch genehmigt (ohne Bescheid)
 - o Mittel aus der Ausgleichsausgabe sollen zur Unterstützung und Förderung der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingesetzt werden
 - o Förderstrukturen sollen darauf ausgerichtet sein, Menschen so lange und inklusiv wie möglich am Arbeitsleben teilhaben zu lassen
 - o Stärkere Etablierung des betrieblichen Eingliederungsmanagements:
Soll flächendeckend, nach einheitlichen Qualitätsstandards verbindlich werden
 - o Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sollen stärker auf Integration und Begleitung von Beschäftigungsverhältnissen ausgerichtet sein:
Entwicklung eines transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystems in den WfbM
- > Generelle Weiterentwicklung von Teilhabeangeboten
 - o Stärkung von Inklusionsunternehmen durch formale Privilegierung im Umsatzsteuergesetz
- > Umstellung des klassischen Schwerbehindertenausweises auf den digitalen Teilhabeausweis
- > Konsequente Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

- Beendigung von Übergangslösungen
- Abbau von bürokratischen Hemmnissen
- > Vermeidung von Lücken in der optimalen Versorgung bezüglich Uneinigheiten im Verhältnis zwischen Eingliederungshilfe und Pflege
 - Schaffen von Maßnahmen für schnellere, unbürokratischere und barrierefreie Antragsverfahren
- > Schaffung eines Assistenzhundegesetzes
- > Studie zum Teilhabestärkungsgesetz
 - Soll durch ein Förderprogramm durchgeführt und ausgeweitet werden
- > Prüfung der Regelbedarfsstufe 1 in besonderen Wohnformen
- > Mehr Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung an wichtigen Vorhaben auf Bundesebene
 - Erhöhung von Mitteln des Partizipationsfonds
- > Inklusion im Sport stärken
 - Projekt „InduS“ und inklusive Ligen
 - Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Special Olympics World Games 2023 in Berlin
- > Prüfung einer Reform der Contergan-Stiftung, die den Betroffenen mehr Mitsprache ermöglicht

Pflege und Gesundheit

Pflege

- > Unterstützung des bedarfsgerechten Ausbaus der Tages- und Nachtpflege und insbesondere der solitären Kurzzeitpflege (S. 81)
- > Stärkung der häuslichen Pflege
Zusammenfassung von Leistungen wie Kurzzeit- und Verhinderungspflege in unbürokratischem, transparentem und flexiblem Entlastungsbudget mit Nachweispflicht (S. 81)

Ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung

- > Stärkung der Versorgung schwerstbehinderter Kinder und Entlastung der Familien von Bürokratie (S. 85)
- > Ausbau von sozialpädiatrischen Zentren (S. 85)

3. V. Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang

Kinder und Jugend

- > Anpassungen zur Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe im SGB VIII sollen erarbeitet und in dieser Legislatur gesetzlich geregelt werden (S. 99)

4. VI. Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie

Sport

- > Erarbeitung eines „Entwicklungsplans Sport“
Ausweitung der Investitionen in Sportstätten von Kommunen und Vereinen unter Beachtung von Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Inklusion (insbesondere Schwimmbäder) (S. 113)
- > Berücksichtigung des besonderen Bedarfs von Behindertensport bei der Sportförderung (S. 113)

Gleichstellung

Schutz vor Gewalt

- > Absicherung des Rechts auf Schutz vor Gewalt für jede Frau und ihre Kinder unter Berücksichtigung der Bedarfe vulnerabler Gruppen (Frauen mit Behinderung, geflüchtete Frauen, queere Menschen) (S. 114-115)